



Newsletter

14. Februar 2020

Justiz – Generalstaatsanwaltschaft erhält Antisemitismusbeauftragte

Die Landesregierung wird noch stärker gegen den Antisemitismus in Hessen vorgehen. Dazu wird im Frühjahr bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main das Amt einer Antisemitismusbeauftragten eingerichtet. „In Hessen ist kein Platz für Judenfeindlichkeit“, erklärten Ministerpräsident Volker Bouffier und Justizministerin Eva Kühne-Hörmann.

Arbeitsmarkt – „Chancen, so vielfältig wie das Land“

Das Land Hessen als Arbeitgeber präsentiert sich mit einem neuen Karriereportal. „Auf unserer neuen Webseite finden interessierte Bürgerinnen und Bürger nicht nur die aktuellsten Jobangebote“, sagte Innenminister Peter Beuth. „Das Land präsentiert sich dort auch als moderner, zuverlässiger und familienfreundlicher Arbeitgeber, der beste Karriereaussichten für die Zukunft bietet.“

Digitales – Vereinbarung für weiteren Gigabit-Ausbau unterzeichnet

Um die Versorgung mit superschnellem Internet weiter zügig und flächendeckend voranzubringen, haben Ministerpräsident Volker Bouffier und Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus mit dem CEO der Vodafone Deutschland GmbH, Dr. Hannes Ametsreiter, einen Letter of Intent unterzeichnet. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung. Hierfür stellt die Hessische Landesregierung mit der Gigabitstrategie für Hessen die Weichen.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Bundesrat – Gegen Lieferengpässe bei Medikamenten
- ▶ Verwaltung – Gemeinsam gegen Diskriminierung und für Vielfalt
- ▶ Digitales – Hessen geht beim Ausbau des Mobilfunknetzes voran
- ▶ Tourismus – Immer mehr Gäste in Hessen
- ▶ Demografie-Preis - Innovative Projekte gesucht

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Justiz – Generalstaatsanwaltschaft erhält Antisemitismusbeauftragte

Die Landesregierung wird noch stärker gegen den Antisemitismus in Hessen vorgehen. Dazu wird im Frühjahr bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main das Amt einer Antisemitismusbeauftragten eingerichtet. „In Hessen ist kein Platz für Judenfeindlichkeit“, erklärten Ministerpräsident Volker Bouffier und Justizministerin Eva Kühne-Hörmann.

Bouffier und Kühne-Hörmann informierten bei einer auswärtigen Kabinettsitzung in den Räumen der Frankfurter Rudergesellschaft Germania 1869 darüber, dass die Position der Antisemitismusbeauftragten die 53-jährige Leitende Oberstaatsanwältin Christina Kreis übernimmt. Sie ist ständige Vertreterin des Generalstaatsanwalts Prof. Dr. Helmut Fünfsinn.

Kein Platz für Judenfeindlichkeit

„Es kann und es darf nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens Angst haben müssen, Opfer von Straftaten zu werden“, so Bouffier und Kühne-Hörmann. „Deshalb zeigen wir klare Kante und verfolgen antisemitisch motivierte Delikte mit der ganzen Härte des Gesetzes. Die neue Antisemitismusbeauftragte Christina Kreis wird dazu beitragen und als Ansprechpartnerin für Behörden im In- und Ausland sowie für jüdische Einrichtungen fungieren. Innerhalb der Justiz wird sie eine Koordinierungs- und Vernetzungsfunktion wahrnehmen. Die Zunahme judenfeindlicher Haltungen und Handlungen in der jüngeren Vergangenheit beschädigt unsere Demokratie. Das dulden wir nicht und gehen mit einer wehrhaften Strafjustiz dagegen vor.“

Die hessischen Staatsanwaltschaften nehmen ihren Auftrag sehr ernst und umfassend wahr. Ermittlungsverfahren wegen antisemitisch motivierter Straftaten werden in Hessen durch spezialisierte und sensibilisierte Staatsanwälte geführt. Mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) geht die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt unter anderem gegen Hasskriminalität im Internet vor.

„Wie schnell aus Worten Taten werden können, haben wir im vergangenen Jahr schmerzlich erlebt“, sagte Bouffier. „Auch deshalb haben wir im September 2019 den Aktionsplan gegen Hass und Hetze beschlossen und ein Meldesystem aufgebaut, das den zuständigen Behörden die notwendigen Informationen zur Strafverfolgung zur Verfügung stellt. Seit Oktober 2019 sind bei der ZIT mehr als 6.000 Meldungen eingegangen. Seit 16. Januar 2020 ist die Plattform „Hessen gegen Hetze“ online, über die Bürgerinnen und Bürger schnell, unkompliziert und falls gewünscht anonym Hate Speech im Netz melden können. „Davon profitieren nicht nur unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger, sondern alle Menschen, die Opfer von Hasskriminalität werden“, betonte Bouffier.

Förderung für Jüdisches Museum

Die Förderung des jüdischen Lebens ist der Landesregierung seit Jahrzehnten ein Anliegen. Dazu gehört auch die Vermittlung von Wissen über jüdische Geschichte. Um einen noch größeren Beitrag zur Bewahrung und Vermittlung der neuhundertjährigen jüdischen Geschichte und Kultur von Frankfurt zu leisten, wird

das Land die wichtige Arbeit des Jüdischen Museums jährlich mit 500.000 Euro unterstützen und den Betrieb nach dem Neubau damit nachhaltig sichern. Das Jüdische Museum der Stadt Frankfurt am Main ist das älteste eigenständige Jüdische Museum in Deutschland.

Hessen – Land des Sports

Hessen ist ein Land des Sports. Im Olympiajahr war dieses Thema ein weiterer Schwerpunkt der Kabinettsitzung. Sportminister Peter Beuth berichtete über die Förderungen von Breiten- und Spitzensport in Hessen. Seit 2018 würden jährlich rund 116 Millionen Euro an 45 Sportfachverbände ausgeschüttet, um die Nachwuchsarbeit der Spitzenverbände zu fördern. Um die Arbeit leistungssporttreibender Vereine mit ihren Talenten zu stärken, stünden jährlich 200.000 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen.

Arbeitsmarkt – „Chancen, so vielfältig wie das Land“

Das Land Hessen als Arbeitgeber präsentiert sich mit einem neuen Karriereportal. „Auf unserer neuen Webseite finden interessierte Bürgerinnen und Bürger nicht nur die aktuellsten Jobangebote“, sagte Innenminister Peter Beuth. „Das Land präsentiert sich dort auch als moderner, zuverlässiger und familienfreundlicher Arbeitgeber, der beste Karriereaussichten für die Zukunft bietet.“

Auf der Webseite karriere.hessen.de können sich frei nach dem Motto „Chancen, so vielfältig wie das Land“ Berufsanfänger und Quereinsteiger über das breite Angebot des mit Abstand größten Arbeitgebers im Land informieren. Rund 145.000 Beschäftigte sind als Auszubildende, Studierende, Angestellte oder Beamte im Dienste des Landes hessenweit im Einsatz. „Ob Förster, Polizistin, Informatiker oder Tierpflegerin – so viel Facettenreichtum gibt es bei keinem anderen Arbeitgeber in Hessen“, so Beuth. „Und alle Jobs beim Land haben eines gemeinsam: Jeder, der bei uns anfängt, stellt sich in den Dienst der Allgemeinheit und leistet damit einen wichtigen Beitrag, damit unsere Gesellschaft zusammenhält.“

Aktuell wie auch in den nächsten Jahren besteht für das Land Hessen ein hoher Bedarf an qualifizierten, motivierten und engagierten Bewerberinnen und Bewerbern. Die Landesverwaltung bietet vielfältige Berufs- und Karrierechancen bei attraktiven Arbeitsbedingungen. So stehen 40 Ausbildungsberufe und Studiengänge unterschiedlichster Bereiche mit besten Übernahmechancen zur Verfügung. Die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten reicht hierbei von den Bereichen Verwaltung und Büro, Polizei, Informationstechnologie, Geoinformation, Handwerk, Ernährung, Hauswirtschaft, Tierpflege, bis hin zu Theater und Museen.

Familienfreundlicher und flexibler Arbeitgeber

Dem Land Hessen liegt viel daran, Möglichkeiten bereitzustellen, um Familie und Beruf besser zu vereinen und hat aus diesem Grund als erstes Land ein eigenes

Gütesiegel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Landesverwaltung entwickelt. Neben zahlreichen Betreuungs- oder Sportangeboten oder Informationsveranstaltungen, die über die Möglichkeiten eines familienfreundlichen Berufslebens Auskunft geben, spielt auch die richtige Work-Life-Balance eine wichtige Rolle für das Land Hessen als Arbeitgeber. Die Landesverwaltung bietet viele Optionen, wenn es darum geht, Privatleben und Arbeit zu vereinbaren. Die individuellen Arbeitszeitmodelle haben sich in der letzten Zeit bewährt und somit auch zur Zufriedenheit der Beschäftigten beigetragen.

Gute Bezahlung mit besten Perspektiven

Hessen bietet seinen Beschäftigten einen eigenen Hessentarif, der zuletzt ein sattes Lohnplus vor acht Prozent für 33 Monate bringt. Dieses Ergebnis wurde auch eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamte des Landes übertragen. Tarifbeschäftigte des Landes Hessen genießen traditionell eine Reihe von kinderfreundlichen und leistungsorientierten Regelungen. Viele dieser Regelungen dienen auch der Fachkräftegewinnung und -bindung, damit das Land Hessen im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann. Insgesamt bietet der Hessentarif mehr als 150 Abweichungen, die es bei der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) nicht gibt.

So wurde zum Beispiel im Hessentarif der kinderbezogene Zuschlag für Neubeschäftigte nie gestrichen, sondern mit den Gewerkschaften die Einführung einer Kinderzulage vereinbart, die auch für Azubis und Praktikanten gilt. Nur in Hessen erhalten die Beschäftigten pro Kind und Monat eine Zulage von 100 Euro und ab dem dritten Kind sogar 150 Euro.

Mit dem LandesTicket Hessen können alle Landesbeschäftigten seit 2018 die Leistungen des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs im gesamten Bereich des Landes Hessen nutzen, unabhängig von der Strecke Wohnort-Dienstort und einschließlich diverser Mitnahmemöglichkeiten für Angehörige.

Weitere Informationen.

Digitales – Vereinbarung für weiteren Gigabit-Ausbau unterzeichnet

Um die Versorgung mit superschnellem Internet weiter zügig und flächendeckend voranzubringen, haben Ministerpräsident Volker Bouffier und Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus mit dem CEO der Vodafone Deutschland GmbH, Dr. Hannes Ametsreiter, einen Letter of Intent unterzeichnet. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung. Hierfür stellt die Hessische Landesregierung mit der Gigabitstrategie für Hessen die Weichen.

Die Unterzeichner verpflichten sich in dieser Vereinbarung zur Kooperation, um den Ausbau superschneller Netze für Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in Hessen voranzutreiben. „Die Hessische Landesregierung verfolgt entschlossen das Ziel, bis 2025 flächendeckend gigabitfähige Infrastrukturen bereitzustellen“, betonten Bouffier und Sinemus. „Dies geht nur in Kooperation. Diese wollen wir nun in einem ersten Schritt mit Vodafone und der heutigen Unterzeichnung eines Letter of Intents

bekräftigen. Denn wir wissen, dass die Ausbauziele nur gemeinsam mit den ausbauenden Unternehmen erreicht werden können.“ Im Zuge des Gigabitausbau komme dem TV-Kabelnetz neben dem Glasfaserausbau grundsätzlich eine ganz besondere Rolle zu. Denn hier könne kurzfristig eine Gigabitversorgung für Millionen von hessischen Haushalten erreicht werden.

Technische Aufrüstung der Kabelnetze von Vodafone

In der zwischen der Landesregierung und Vodafone vereinbarten Kooperation geht es um die technische Aufrüstung der Kabelnetze von Vodafone, damit diese Gigabitgeschwindigkeit erreichen können. Vodafone sichert zu, ab der Unterzeichnung mit der Aufrüstung des Vodafone-TV-Kabelnetzes für das gesamte Vodafone-Gebiet in Hessen zu starten. Hierdurch werden schon bis zum Ende dieses Jahres rund zwei Millionen hessische Haushalte mit Gigabitanschlüssen (≥ 1.000 Mbit/s) versorgt sein. Damit wird Vodafone Hessen ein Jahr früher als geplant mit Gigabitgeschwindigkeit versorgen.

Im Gegenzug wird sich die Landesregierung für stabile Rahmenbedingungen einsetzen. Unter anderem stellt sie für den Gigabitausbau finanzielle Mittel zur Verfügung. Studien und Vergleiche zeigen, dass Hessen schon jetzt in vielen Bereichen an der Spitze der Digitalisierung steht. Beispielweise beim Infrastruktur-Index, bei den öffentlichen WLAN-Hotspots und beim Mobilfunkausbau.

Bürgerinnen und Bürger profitieren privat wie beruflich

Bouffier betonte die Bedeutung des Gigabitausbau für die Landesregierung. „Wir setzen uns in Hessen dafür ein, dass die Digitalisierung möglich ist und die hierfür notwendigen digitalen Infrastrukturen bereitstehen. Mit der Gigabitstrategie in Hessen haben wir die Ausbauziele definiert. Hierfür stellen wir die nötigen Mittel zur Verfügung. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren hiervon, indem sie superschnelles Internet für geschäftliche Prozesse, private Angelegenheiten sowie für Bildung und Forschung nutzen können. Der unterzeichnete Letter of Intent trägt dazu bei, Hessen zukunftsfest zu machen.“

Sinemus wies darauf hin, dass Hessen beim Ausbau digitaler Infrastrukturen bereits auf einem guten Weg sei. „Der Netzausbau in Hessen schreitet kontinuierlich voran. Fünf der zehn bundesweit bestversorgten Landkreise liegen in Hessen. Über 91 Prozent aller Haushalte in Hessen verfügen über Breitbandanschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s, bereits drei von vier Haushalten sogar über 200 Mbit/s oder mehr. Wir haben einen klaren Kurs und verfolgen konsequent das Ziel, bis 2025 flächendeckend Gigabitanschlüsse bereitzustellen. Der Letter of Intent zahlt somit direkt auf dieses Ziel ein. Aber auch die Hessische Landesregierung wird hierzu ihren Beitrag leisten. So stehen allein in dieser Legislaturperiode 270 Millionen Euro für den Gigabitausbau zur Verfügung.“

Startschuss für Gigabit-Offensive

Vodafone bekennt sich mit der Unterzeichnung des Letter of Intent dazu, den Gigabitausbau zu beschleunigen und hessenweit umzusetzen. „Auch in Hessen haben wir jetzt den Startschuss für unsere Gigabit-Offensive gegeben“, sagte Vodafone Deutschland Chef, Dr. Hannes Ametsreiter. „Los geht es heute in

Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach und nächste Woche haben dann in ganz Hessen über eine Million Haushalte Zugang zur Gigabit-Datenautobahn. Schon bis zum Jahresende werden wir über das Kabel-Glasfasernetz rund zwei Millionen Kabelhaushalte in Hessen mit Gigabit-Geschwindigkeit versorgen.“

„Mit unserem Vorhaben unterstreichen wir einmal mehr, dass wir der Haupttreiber für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen in Deutschland sind. Mit unserer Gigabit-Offensive aus Kabel und Glasfaser sowie neuesten Mobilfunktechnologien machen wir Deutschland zur Gigabit-Gesellschaft und setzen hierfür ein Milliarden Euro schweres Ausbauprogramm um.“

Weitere Informationen.

Bundesrat – Gegen Lieferengpässe bei Medikamenten

Hessen und Rheinland-Pfalz stellen am heutigen Freitag im Bundesrat gemeinsam einen Entschließungsantrag zur Vermeidung von Lieferengpässen bei Medikamenten vor. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, die Ursachen von Liefer- und Versorgungsengpässen bei Medikamenten und Impfstoffen genauer zu analysieren, um Gegenstrategien entwickeln zu können. „Uns ist wichtig, die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln in hoher Qualität und zu angemessenen Preisen sicherzustellen“, erklären der hessische Sozialminister Kai Klose und die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Zwar sei, so Klose weiter, die Arzneimittelversorgung und Arzneimittelqualität in Deutschland im internationalen Vergleich noch immer gut. „Trotzdem treten seit einiger Zeit auch hier vermehrt Meldungen über Lieferengpässe von Medikamenten auf. Die Ursachen hierfür bleiben bisher weitgehend unklar.“ Die Länder fordern deshalb bereits seit 2018 von der Bundesregierung, Maßnahmen gegen Lieferengpässe bei Medikamenten und Impfstoffe zu ergreifen. „Nicht jeder Lieferengpass führt zwangsläufig zu einem Versorgungsengpass, denn häufig sind alternative und gleichwertige Medikamente verfügbar. Offensichtlich ist aber, dass die von der Bundesregierung bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen“, mahnte Klose.

Weitere Informationen.

Verwaltung – Gemeinsam gegen Diskriminierung und für Vielfalt

Die hessische Steuerverwaltung und Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt haben einen Kooperationsvertrag geschlossen. „Wir stärken gezielt die politische Bildung unserer Anwärtinnen und Anwärter“, erklärte Finanzminister Dr. Thomas Schäfer. „Unsere Verwaltung engagiert sich intensiv gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Vielfalt.“ Schäfer unterzeichnete mit dem Direktor der Bildungsstätte, Dr. Meron Mendel, eine Kooperation im Bereich der politischen Bildung. „Politische Bildung ist seit jeher ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung in unserer Steuerverwaltung“, sagte Schäfer. „Nicht zuletzt da junge Menschen sich auch bei ihren ersten Schritten im Berufsleben mit den gesellschaftlichen Fragen des

Zusammenlebens konfrontiert sehen. Jugendliche und junge Erwachsene suchen häufig nach Antworten auf Fragen, die sich aus gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen ergeben. Wir lassen sie dabei nicht alleine. Die neue Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank zeigt deutlich: Unsere Verwaltung engagiert sich intensiv gegen Diskriminierung und für gesellschaftliche Vielfalt. Wir stärken gezielt die politische Bildung unserer Anwärterinnen und Anwärter und sorgen für Aufklärung über den richtigen Umgang mit Anfeindungen, Intoleranz und Rassismus. Damit stärken wir zugleich weiter nachhaltig das Demokratieverständnis unserer Verwaltung.“ [Weitere Informationen](#).

Digitales – Hessen geht beim Ausbau des Mobilfunknetzes voran

Bis zum Jahreswechsel wurden 1.828 Mobilfunkmasten modernisiert und 139 neu gebaut. „Der Vorteil der Digitalisierung für die Menschen in Hessen zeigt sich auch durch den Ausbau des Mobilfunknetzes,“ erklärte Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus. Durch die Modernisierung von 1.828 und dem Neubau von 139 Mobilfunkmasten bis zum Jahreswechsel wurde bereits jetzt ein spürbarer Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger bei der Mobilfunkabdeckung erreicht. Der bereits 2018 zwischen dem Land Hessen und der Deutschen Telekom, Vodafone und Telefónica geschlossene Mobilfunkpakt funktioniert und zeigt, dass die Herausforderung Mobilfunkausbau gerade auch im ländlichen Bereich durch enge und gute Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft gemeinsam gemeistert werden kann. Ziel des Mobilfunkpaktes ist es, in den kommenden Jahren 4.000 Mobilfunkmasten zu modernisieren und 800 neue zu errichten. Um auch die letzten Funklöcher in Hessen zu schließen, stellt das Land zudem Investitionen in Höhe von 50 Millionen Euro in Aussicht. [Weitere Informationen](#).

Tourismus – Immer mehr Gäste in Hessen

Hessen wird immer attraktiver für Touristen. Im vergangenen Jahr wurden erstmals deutlich über 35 Millionen Übernachtungen gezählt, wie das Statistische Landesamt errechnete. Das waren 2,5 Prozent mehr als 2018. „Vom Tourismus hängen landesweit – in Vollzeitstellen umgerechnet – rund 230.000 Arbeitsplätze und eine beträchtliche Wertschöpfung gerade in ländlichen Regionen ab“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. „Diesen Wirtschaftsfaktor werden wir strategisch weiterentwickeln.“ 2019 buchten 15,95 Mio. Gäste (+ 2,2 Prozent) ca. 35,6 Mio. Übernachtungen in den rund 90.000 Zimmern in Hotels und anderen Beherbergungsbetrieben. „2019 war das zehnte Rekordjahr in Folge – für Hessen ebenso wie für Deutschland insgesamt“, so Al-Wazir. [Weitere Informationen](#).

Demografie-Preis - Innovative Projekte gesucht

Bereits zum 11. Mal schreibt die Landesregierung den Hessischen Demografie-Preis aus. Unter dem Motto „Wo Ideen Freiraum haben! – Leben auf dem Land“ sind Kommunen, Vereine, Verbände und Initiativen im ländlichen Raum dazu aufgerufen, sich mit ihren innovativen Projekten zum demografischen Wandel zu bewerben. „Gefragt sind kreative Ideen, um das Leben auf dem Land attraktiv zu gestalten“, erklärt der Chef der Staatskanzlei und Demografie-Beauftragte Axel Wintermeyer. „Mit dem Demografie-Preis unterstützen wir zahlreiche Projekte vor Ort, die sich mit den Herausforderungen unserer Zeit befassen und dazu beitragen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft lebenswert bleibt.“ Wichtig bei der Bewerbung ist, dass die eingereichten Konzepte bereits umgesetzt wurden und sich auf andere Kommunen übertragen lassen. „Wir sind gespannt auf alle Ideen, egal ob es sich dabei um eine generationenübergreifende Zusammenarbeit, ein lokales Angebot zur Nahversorgung oder um Wirtschaftsinitiativen zur Nachwuchsgewinnung handelt“, so Wintermeyer. Die Bewerbungsfrist für den mit insgesamt 24.000 Euro dotierten Preis läuft noch bis zum 25. März 2020. [Weitere Informationen](#).

Zahl der Woche

977 Gasthörerinnen und Gasthörer

Im laufenden Wintersemester 2019/20 wurden von den hessischen Hochschulen neben 264.600 immatrikulierten Studierenden insgesamt 977 Gasthörerinnen und Gasthörer gemeldet. Diese können auch ohne Abitur einzelne Kurse oder Lehrveranstaltungen an den Hochschulen besuchen. Sie erhalten Hörscheine, sind jedoch nicht prüfungsberechtigt. Über die Hälfte der Gasthörerinnen und Gasthörer ist älter als 60 Jahre, [wie das Statistische Landesamt mitteilte](#).

Link der Woche

[Städelschule](#)

Die Städelschule in Frankfurt gehört seit dem 1. Januar 2019 zu den Hochschulen des Landes Hessen. Sie geht auf eine Stiftung von Johann Friedrich Städel aus dem Jahre 1817 zurück, der die Voraussetzungen zur Gründung des Städelchen Kunstinstituts schuf. Im Laufe der Zeit haben sich aus diesem Institut zwei Bereiche entwickelt: Das Städel Museum und die Städelschule.

Hessenbilder



Wird vom Kontrollzentrum der ESA in Darmstadt gesteuert: die europäische Sonde „Solar Orbiter“, hier beim Start am 10. Februar 2020 vom Kennedy Space Center der NASA in Cape Canaveral. Ziel der Mission sei es, die Sonne aus nächster Nähe zu betrachten, zum ersten Mal hochauflösende Bilder der Sonnenpole aufzunehmen und das Verständnis der Auswirkungen der Sonnenaktivität auf die Erde zu verbessern, heißt es dazu in einer Mitteilung der europäischen Weltraumagentur ESA. „Solar Orbiter“ werde zwei Jahre lang unterwegs sein, um in seine Umlaufbahn um die Sonne zu gelangen und sich der Sonne auf bis zu 42 Millionen Kilometer nähern. Foto: ESA - S. Corvaja

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer